



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Er scheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Ausgaben, die viergespaltene
Beitragliste 20 Pf.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.



Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungsliste S. 98 „Eiche“, Die
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunder).

Nr. 47.

Berlin, den 24. November 1905.

XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an G. Gahner, Greifswalderstr. 221/223
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an W. Bieleke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren. Fernsprech-Amt VII, 4720.

Späte Erkenntnis.

Das Feuer der Begeisterung, in welches die Genossen während den Tagen von Jena sich hineingeredet haben und welches dort durch blutrünstige Resolutionen zum Ausdruck gebracht wurde, scheint sehr schnell verflüchtigt zu sein und einer bei unseren Freunden von links ganz ungewohnten Ernüchterung Platz gemacht zu haben. An Stelle des Generalstreiks, durch welchen der heutigen verrotteten Gesellschaft die Macht der zur rothen Fahne schwärmenden Arbeitermassen greifbar vor Augen geführt werden sollte, mehrten sich die Massenausperungen, und tausenden und aber tausenden von Arbeitern wird durch Noth und Entbehrung fühlbar gemacht, daß der Weg der Machtprobe, welchen die sozialistischen Wortführer in Jena als das Allheilmittel empfohlen haben, gerade zu einem entgegengesetzten Resultat geführt hat, als dies in Aussicht gestellt wurde.

Obst genug haben die Gewerksvereine darauf hingewiesen, daß durch die fortgesetzten Wühlereien, Sekereien und Drohungen gegen die heutige Gesellschaft und gegen das Unternehmertum, sowie durch die fortwährende Betonung des Klassenkampfstandpunktes auch dem Scharfmachertum unter den Unternehmern in die Hände gearbeitet wird. Nichts hat demselben die Verwirklichung seiner reaktionären Pläne mehr gefördert, nichts hat mehr dazu beigetragen, daß heut die gesammte Arbeiterschaft in festgeschlossenen Verbänden auch die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit den brutalsten Machtmitteln zurückweist, als gerade der so oft in die Welt hinausposaunte „Krieg bis aufs Messer“. Druck erzeugt Gegendruck, und es ist wahrlich kein Wunder, wenn auch die Arbeitgeber mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die ihnen angebrohte Vernichtung zu hintertreiben suchen.

Daß durch diese Kämpfe auch die im Interesse der gesammten Industrie und des allgemeinen Volkswohls so dringend notwendige ruhige und gesunde Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung leiden muß, ist selbstverständlich und aufs tiefste bedauerlich. Diese Erkenntnis scheint sich jetzt auch in den Kreisen der freien Gewerkschaften, welche in Köln noch erklärten: „Partei und Gewerkschaft sind eins,“ allmählich bahnbrechend zu wollen.

Namentlich die letzten großen Arbeitskämpfe, welche in ihrem Gefolge durch die von den Arbeitgebern vorgenommenen Massenausperungen zu einer tatsächlichen Machtprobe führten, haben mehr wie deutlich gezeigt, daß die Arbeiter noch lange nicht so weit sind, um eine solche Machtprobe auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg führen zu können. Nach wochen- ja monatelangen Kämpfen sahen sich die Arbeiter genöthigt den Kampf abzubrechen und mußten in vielen Fällen noch froh sein zu den alten Bedingungen in das alte Arbeitsverhältnis zurückkehren zu können. Nicht zu vergessen die Fälle, in welchen noch Hunderte auf der Strecke geblieben sind und mit den Ihren Noth und Entbehrung erleiden mußten ehe sie wieder untergebracht werden konnten.

Aber noch etwas Anderes, und wir möchten sagen etwas Gutes haben diese Machtprobe gezeigt, und zwar die Erkenntnis, daß man der Partei bisher viel zu viel Einfluß auf die Gewerkschaften gewinnen ließ, daß die blutige Spekulation der Partei die Köpfe der Gewerkschafter verwirrt und denselben jede ruhige Ueberlegung genommen hat. Und das allerbest bei der ganzen Sache ist, daß diese Erkenntnis auch bei den Führern der Gewerkschaften selbst zu dümmern beginnt, und dieselben jetzt bemüht sind, das Parteijoch, unter welches sie sich begeben haben, wieder abzuschütteln. Bei diesen Auseinandersetzungen müssen die Parteigrößen manche Wahrheit zu hören bekommen, und wurde denselben nachgewiesen, daß es ihnen bei Verfolgung ihrer Parteiinteressen garnicht darauf ankomme, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hemmen und zu schädigen. Offen und verständlich sind die Ausführungen, welche die „Metallarbeiterzeitung“, das Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bei Gelegenheit der Besprechung des Streiks in der Berliner Elektrizitäts-Industrie macht. Indem die „Metallarbeiterzeitung“ nach den Gründen sucht, welche die ausländischen Arbeiter veranlaßte, entgegen dem dringenden Rath ihrer Führer, den Streik weiterzuführen, welchen sie später doch ohne jeden Erfolg abbrechen mußten, antwortet dieselbe auf die Frage woher das kommt Folgendes:

„Das kommt daher, daß der Entscheidung über so wichtige Fragen in den seltensten Fällen ruhige, kühle Abwägung der tatsächlichen Machtverhältnisse vorangeht, daß nicht Verunsicherungsgründe, sondern lediglich die momentane auf einer verhängnisvollen Selbstüberschätzung beruhende Kampfesstimmung für die Entscheidung maßgebend ist. Die warnende Stimme der in den gewerkschaftlichen Kämpfen erfahrenen Führer wird nicht nur überhört, sondern mit recht drastischen Ehren titulaturen, von denen „Dremsler“ die glimpflichste, „Berräther“ noch eine harmlose ist, werden die Warner abgethan. Daher kommt es auch, daß Warner vor Unüberlegenheiten, vor Ueberhöhung der eigenen Kraft, heute fast nur aus den Kreisen der Beamten und der mehr unabhängigen Arbeiterexistenzen hervorgehen, die gemäßigten Elemente aus den beteiligten Arbeiterkreisen, die an Zahl nicht gering sind, halten mit ihrer Meinung zurück, weil es heute schon als Schande gilt, nicht radikal zu sein. Wer wollte sich gern dieser Eventualität aussetzen? Daß dem so ist, ist bedauerlich, aber nach den Vorgängen der letzten Jahre nicht zu verwundern. Wenn selbst hervorragende Parteiführer, wie Bebel, sich nicht scheuen, von Arbeitern in gehobener Lebensstellung zu reden und damit andeuten, daß diese das proletarische Denken und Fühlen verlernt haben, wenn Leute wie Richard Fischer, der in Plussmacheri für die Partei nicht ganz unerfahren ist, von den Gewerkschaftsführern als Klassenmenschen spricht und andeutet, daß deren Idealismus nur mit ihrer Klasse lebt und stirbt, wenn man dann noch andere, aus bürgerlichen Kreisen zur Arbeiterbewegung übergetretene Schrift-, Rechts- und sonstige Gelehrte,

die obwohl aus anderen Holze, ja sofort „proletarisch denken und fühlen können“, in dasselbe Horn blasen und es „wissenschaftlich“ begründen, ist es geradezu unausbleiblich, daß dadurch die wissenschaftlich leider nicht durchgebildeten und auch nicht immer zum Nachdenken erzogenen Arbeiter nach dieser Richtung hin so stark beeinflusst werden, daß sie ihre Führer in gleicher Weise einschätzen. Zunächst richtet sich diese künstlich geschaffene Mißstimmung gegen die bezahlten Beamten, dann aber auch gegen alle übrigen Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, die sich mit deren Taktik einverstanden erklären. Ist es doch schon soweit gekommen, daß in Berlin Derjenige, der mit einem an erster Stelle stehenden Beamten verkehrt, Gefahr läuft, als minderwertig, als „Schleimer“ (wie die geschmackvolle Bezeichnung im Berliner Jargon lautet) angesehen zu werden. Muß das nicht dazu führen, daß selbst in verantwortlicher Stellung befindliche Verbandsfunktionäre sich überhaupt nicht gegen die Stimmung zu wenden getrauen oder der Menge nach dem Munde reden? Müßten nicht Äußerungen der Rosa Luxemburg: „Der revolutionäre Geist ist uns wichtiger wie Disziplin und Organisation“, jede Disziplin untergraben? Und kann dann irgend eine politische Partei ohne Disziplin auskommen? Um wie viel nötiger ist dann aber straffe Disziplin für eine Gewerkschaft! Für sie, die täglich Schlachten zu schlagen hat, ist Disziplin geradezu Lebensbedingung, und deshalb ist die in der geschilderten Weise betriebene „Aufklärung“ unverantwortlich, um nicht zu sagen gewissenlos.

Damit aber nicht genug: um das Maß der Verwirrung noch voll zu machen, schmeichelt man dem Arbeiter und dichtet ihm eine Kraftentfaltung an, die er erstrebt und wahrscheinlich auch einmal erlangen wird, aber heute noch nicht hat. Der selbe Redner, der den Arbeiter vor Jahren mit den Worten: „Dem deutschen Arbeiter ist der Kamm geschwollen“, den Vorwurf der Ueberschätzung der eigenen Kraft machte, verkündete demselben deutschen Arbeiter von der Tribüne des Parteitages herab: „Aber das muß man der Arbeiterklasse bemerkbar machen, es darf nicht vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht genügend gewürdigt wird“. Er schildert die Heidenangst, die Bourgeoisie und Staat vor der organisierten Arbeiterschaft haben, schildert die Arbeiterschaft als die Grundlage der Gesellschaftspyramide, die natürlich zusammenbrechen muß, wenn man sie in ihren Grundfesten erschüttert. Solche Reden sind unzweifelhaft sehr geeignet, Stimmung zu machen, und sie haben das ja auch, wie bei dem Temperament des Redners nicht anders zu erwarten, getan, sie sind aber im Grunde genommen weiter nichts als eine Schmeichelei an das im Nachdenken wenig geübte Volk, das die heutigen Machtverhältnisse garnicht übersehen kann. Das gesprochene Wort wirkt zündend auf den Zuhörer, verrauscht aber in seiner Wirkung mit seinem Hall. Nicht verrauscht aber das geschriebene Wort und wirkt auf die Gemüther insofern auch noch nachhaltiger, weil es gerade geschrieben ist.“

Auch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, kommt bei dieser Abrechnung zwischen Gewerkschaft und Partei nicht zu kurz. Während des Streiks, das war noch zu jener Zeit, ehe die Vorwärtsredakteure die Krute ihrer „Obergenossen“ zu kosten bekommen hatten, da suchte auch der „Vorwärts“ die Ausständigen scharf zu machen und zu bestimmen, entgegen dem Rath ihrer Führer im Streit zu verharren. In seiner großsprecherischen und prahlerischen Weise malte er den Kampf zwischen der gesamten deutschen Arbeiterschaft und schrieb dann weiter: „Und hinter den Berliner Metallarbeitern steht bei einem Kampfe gegen die Kühnemänner die Arbeiterschaft nicht nur Berlins, steht die ganz Deutschlands! Kraftvoll werden sie alle ihre Sympathie bekunden. Während vielleicht die Rauchwolken auf den thurm hohen Essen der großen elektrischen Zentralen langsam dahinstehen, die Straßenbahnwagen, kraftlose, hilflose Ungethüme, mitten auf der Straße ihre Fahrt einstellen, Maschinen und Fahrstühle still liegen und das Licht erlöscht, werden die Arbeiter ganz Deutschlands für diesen Riesenkampf Munition sammeln. Will das Scharsmacherthum diesen Kampf und wagt es ihn?“

Demgegenüber antwortet die „Metallarbeiterzeitg.“, indem sie auf die Schädigung hinweist, welche durch eine derartige Selbstüberschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft veranlaßt wird, Folgendes: „Muß nicht eine solche Nothiz auf jeden Unbefangenen den Eindruck erwecken, als wäre es möglich, mittels des Kampfes die organisierten Metallindustriellen mit einem Schlage zu Boden zu zwingen, und muß nicht nachher Enttäuschung in den Reihen der kämpfenden plaggreifen, wenn dieses Ziel nicht erreicht wurde? Anstatt Erscheinungen, die in der Gewerkschaftsbewegung nicht vereinzelt dastehen, ihr aber nicht zum Vortheil gereichen und auch nicht gerade ein Muster gewerkschaftlicher Schulung sind, zu erklären, hätte der „Vorwärts“, wenn er schon nicht die Partei der Gewerkschaftsführer ergreifen wollte, lieber schweigen sollen.“

Es ist gut, daß diese Wahrheiten, welche den Gewerkschaften von anderer Seite schon so oft gesagt wurden, auch einmal in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspressen — denn dazu rechnet sich auch die „Metallarbeiterzeitg.“ — zum Durchbruch gelangen. Daß die Ausführungen der „Metallarbeiterzeitg.“ in der Parteipresse selbst die ärgsten Anfeindungen erfahren werden, ist sicher, aber dadurch werden dieselben nicht weniger zutreffend. Parteipolitik kann eben nichts gemein haben mit der Gewerkschaftsbewegung, wenn letztere sich nicht als

Vorspann für die Parteibestrebungen gebrauchen lassen will. Aus diesem Grunde wird auch die deutsche Arbeiterschaft endlich einsehen, daß nur eine wirklich neutrale Arbeiterorganisation, wie es die Deutschen Gewerksvereine sind, offen und ehrlich, ohne jede Nebenabsicht, ihr Interesse zu wahren im Stande ist. G.

Zur Frage der Lokalbeiträge. Immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß noch eine große Zahl unserer Ortsvereine bis jetzt nicht daran gedacht hat bei ihren Mitgliedern dahin zu wirken, daß der von der letzten Generalversammlung als notwendig anerkannte und durch Statut festgelegte Lokalbeitrag zur Einführung gelangt ist. Oft genug schon ist von uns klargelegt worden, welche verschiedenen Bedürfnissen damit gebient, welche verschiedenen an die Vereine gestellten Anforderungen damit genügt werden kann, ohne daß einzelne Mitglieder besonders belastet und gerade durch letzteres vielfach vom Besuch der Versammlungen abgehalten werden. Wir erinnern nur an die schon früher und auch noch bis in die letzte Zeit hinein notwendig gewesene Herausgabe von Sammellisten. Wenn wir auch Gegner von dem ganzen Sammellistenwesen sind, so hat doch die Erfahrung gezeigt, daß sich diese Art, für besondere Fälle auch besondere Mittel herbeizuschaffen, nicht immer umgehen läßt. Wir erinnern nur an die Folgen der großen Aussperrungen im letzten Jahre. In solchen besonderen Fällen ist es notwendig, daß auch jedes einzelne Mitglied der Gesamtorganisation seine Solidarität mit den Opfern der in vielen Fällen nicht einmal gesuchten, sondern uns aufgezwungenen gewaltigen Arbeitskämpfe bekundet und auch in materieller Weise beihilft. Letzteres ist aber schwer durchführbar, weil die Versammlungen der Ortsvereine, in welchen die Sammellisten zirkuliren, nur in den aller seltensten Fällen vollzählig besucht sind, so daß die Nichtanwesenden sehr oft nicht einmal Kenntniß von der vorgenommenen Sammlung erhalten haben. Nun kann es aber sehr leicht kommen, daß bei öfterer Wiederholung derartiger Sammlungen die regelmäßigen Versammlungsbesucher, also gewissermaßen die eifrigsten Vereinskollegen, schließlich auch den Versammlungen fern bleiben, wenn sie sehen, daß die unverbesserlichen Faulpelze bei den Sammlungen die Schläuen sind. Diesem Uebelstand ließe sich sehr gut abhelfen, wenn in allen Vereinen sogenannte Lokalkassen beständen. Ganz abgesehen von Anforderungen, welche an die Gesamtheit der Mitglieder gestellt werden, können und treten auch in jedem Verein Verhältnisse ein, welche Ausgaben erfordern, die aus den eigentlichen Ortsvereinsbeständen nicht bestritten werden können und nicht bestritten werden dürfen. Wir nennen hier nur die Erhöhung der vom Gewerksverein gezahlten Unterstützungen bei Verückstigung der örtlichen Verhältnisse, den Ausbau des Werkstattvertrauensmännersystems, das Eintreten für ein in Bedürftigkeit gerathenes Mitglied durch Uebernahme der Beitragzahlung, die Ehrung verstorbener Kollegen durch Widmung einer Kranzspende u. s. w. In allen diesen Fällen würde durch ein, sämmtliche Mitglieder eines Vereins gleichmäßig treffendes Lokalaufschlag die nötige solidarische, genossenschaftliche Beihilfe gewährt werden können, ohne daß es erst besonderer Sammlungen bedarf, welche, wie schon oben gesagt, unter Umständen mehr Schaden anrichten als Gutes stiften. Von einem Theil unserer Vereine ist ja der Werth und die Nothwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen schon anerkannt worden und die Mitglieder dieser Vereine befinden sich wohl dabei. Leider fehlt bei vielen unserer Vereine noch immer das nötige Verständniß und die Einsicht um das Zweckmäßige der Lokalbeiträge zu erkennen, denn die oft vorgebrachte Entschuldigung und der Einwand, unsere Mitglieder können einen höheren Beitrag nicht aufbringen, können die Kollegen nicht erheben ohne sich gewissermaßen selbst zu blamiren. Zahlen doch im Deutschen Holzarbeiterverband, nach einem Bericht der Holzarbeiterzeitung, die Mitglieder desselben außer den ordentlichen Verbandsbeitrag von 35 Pfennig wöchentlich, noch Lokalbeiträge von 5, 10, 15 ja sogar bis zu 45 Pfennig pro Woche. Wir sollten doch meinen, was den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes möglich ist, das müssen auch unsere Mitglieder, namentlich da der Grundbeitrag beim Gewerksverein an und für sich bedeutend niedriger ist, wenigstens zum Theil zur Durchführung bringen können. Oder wollen diese Mitglieder vielleicht behaupten, daß ihr Verdienst geringer, sie in ihrer wirtschaftlichen Lage schlechter gestellt sind als die Kollegen vom Verband? Wir sind überzeugt, daß es bis jetzt noch vielfach an der nothwendigen Anregung und Aufmunterung in den noch rückständigen Vereinen gefehlt hat, und deshalb sollte es eine der ersten und ernstesten Aufgaben unserer Ortsvereinsausschüsse sein, die Frage der Erhebung von Lokalbeiträgen von den Tagesordnungen der Versammlungen nicht verschwinden zu lassen, bis auch der letzte unserer Kollegen von der Nothwendigkeit derselben überzeugt ist und den Werth derselben anerkannt hat. Die heutige Zeit, die fortdauernden Arbeitskämpfe, die Hindernisse, welche sich dem Streben und Ringen der Arbeiter nach einer Besserstellung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Lage entgegenstellen, verlangen ein ganz Theil mehr Opferwilligkeit von den organisierten Arbeitern, als dies vor 10 oder 15 Jahren der Fall war. Dies sollten auch die Mitglieder unserer Ortsvereine einsehen und durch Bildung von Lokalkassen auch ihr Theil dazu beizutragen, um im Falle besonderer Anforderungen einen kleinen Rückhalt zu haben. Unserem schon vor längerer Zeit gegebenen Versprechen gemäß werden wir die Namen derjenigen Ortsvereine bekannt geben, welche

die Erhebung von Lokalbeiträgen beschlossen haben um auch alle anderen zu gleichem Thun anzuspornen. Seit unserer letzten Bekanntgabe haben einen entsprechenden Beschluß gefaßt und erheben demnach: pro Woche 15 Pf.: Ortsverein Duisburg, pro Woche 10 Pf.: Ortsverein Bochum, pro Woche 5 Pf.: die Ortsvereine Thorn und Kattowig.

Neue wichtige Tarifverträge weist das Baugewerbe, das Braugewerbe und die Gärtnerei auf. Das Baugewerbe hat entschieden im verfloffenen Sommer den Rekord in kollektiven Vertragsabschlüssen aufgestellt. Das Organ des Zimmererverbandes berechnet, daß von 219 ihm bekannten Zimmerertarifen 140 im laufenden Jahre zustande gekommen oder doch erneuert worden sind; 59 stammen aus dem Vorjahre, der Rest aus früheren Jahren. Die 219 Verträge regeln die Arbeitsbedingungen, vor allem Lohnhöhe und Arbeitszeit, in mehr als 762 Orten. Es giebt Tarife, deren Geltungsbereich Duzende von Orten umfaßt. Der Pirnaer Tarif, dessen Geltungsgebiet das größte und in drei Zonen eingetheilt ist, umfaßt nicht weniger als 200 Orte. Der Dresdener Tarif gilt für 77, der Böckwitzer für 73, der Berliner für 51, der Magdeburger für 29 Orte usw. Von Großstädten haben tarifmäßig geregelte Arbeitsverhältnisse im Zimmerergewerbe 23, nämlich: Berlin, Charlottenburg, Bremen, Breslau, Kassel, Köln, Krefeld, Danzig, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Posen, Stettin und Stuttgart. Es fehlen also nur noch 10: Aachen, Altona, Barmen, Braunschweig, Chemnitz, Düsseldorf, Halle a. S., Hamburg, Kiel und Straßburg. Die Verträge laufen längstens bis zum Frühjahr 1908, bei kürzester Dauer bis Frühjahr kommenden Jahres. Den höchsten Jahresarbeitsverdienst und zugleich auch den höchsten Stundenlohn weist Berlin und Umgebung auf. Hier wie durch die Tarife fast aller anderen Gewerbe wird aufs neue die Thatsache konstatiert, daß hohe Stundenlöhne und kurze Arbeitszeit einander entsprechen, ein Beweis nicht dafür, daß Arbeitszeitverkürzung unbedingt eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen muß, sondern vor allem dafür, daß hohe Löhne zu einer Intensivierung des Betriebes drängen und es vortheilhaft erscheinen lassen, die hochbezahlte Arbeitskraft in möglichster Leistungsfähigkeit, in einer entsprechend begrenzten Zahl von täglichen Arbeitsstunden auszunutzen.

Die Tarifverträge im Brauereigewerbe von Mainz, Kassel und Weisenau sind dadurch von Interesse, daß sie jedem Arbeiter nach Ablauf einer gewissen Dienstzeit Anspruch auf einen Urlaub ohne Lohnabzug garantieren. Der auf 3 Jahre geschlossene Vertrag regelt ferner die Sonntagsruhe der Arbeiter und beseitigt, in der Hauptsache wenigstens, den früher üblichen sogenannten Freitritt, an dessen Stelle, soweit er nicht genossen wird, eine Geldentschädigung tritt, und endlich setzt er die Grundsätze fest, nach welchen im Falle von Arbeitsverhinderung im Sinne des § 616 B. G. B. zu verfahren ist.

In der Gärtnerei, die bisher nur einen nicht recht zuverlässigen Tarifvertrag in Hamburg und einige Ansätze zu kollektiver Vereinbarung im Brandenburgischen kannte, ist nunmehr nach einjähriger Erörterung ein „Deutscher Gärtnerarif“ von dem Verband der Handelsgärtner Deutschlands (Gruppe Berlin) und dem deutschen nationalen Gärtnerverband, Brandenburgischer Gau, gemeinsam aufgestellt worden. Die freie Gewerkschaft des „Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins“ ist leider nicht an diesen Vereinbarungen beteiligt. (Soz. Prax.)

Reichsinvalidenrenten wurden von den 31 Versicherungsanstalten und den neuen Staffeneinrichtungen seit der Wirksamkeit des Invalidenversicherungsgesetzes (1. Jan. 1891) bis zum 30. September dieses Jahres 1 265 402 zuerkannt. Am 1. Oktober d. J. liefen hiervon 773 607, die übrigen kamen durch Tod, Auswanderung usw. in Fortfall. Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 435 280, davon sind weggefallen 298 746, so daß am Oktober 1905 136 534 liefen. Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 gewährt 51 455. Davon sind weggefallen 32 054, so daß am 1. Oktober 1905 liefen 19 401. Beitragserstattungen wurden bis zum 30. September 1905 bewilligt: a) an weiblich Versicherte, die in die Ehe getreten sind 1 313 596, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind 3 356, c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 287 927, zusammen also 1 604 879 Renten.

Eine wichtige Entscheidung, welche gewissermaßen eine Warnung für alle Arbeiter ist, bei der Werbung neuer Mitglieder für ihre Organisation jede Drohung und Zwang zu vermeiden, hat das Reichsgericht gefällt, indem es für diese Fälle die Anwendung des Erpressungsparagraphen für gerechtfertigt erklärte. Das Landgericht in Kassel hatte Mitte Dezember v. J. einen Maurer wegen versuchter Erpressung und Verurserklärung zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt. Der Angeklagte hatte einen einer anderen Organisation angehörigen Kollegen durch eine Drohung zwingen wollen, dem sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer beizutreten. Das Gericht nahm eine Verfehlung gegen den Erpressungsparagraphen an, weil der Drohende dem Verband einen widerrechtlichen Vermögens-

vortheil habe verschaffen wollen, nämlich das Eintrittsgeld und den Beitrag. Die gegen das Urtheil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Das ist eine sehr wichtige Entscheidung, da nunmehr die unseres Dafürhaltens unhaltbare Anwendung des Erpressungsparagraphen auf solche Fälle die Sanktion des höchsten Gerichts erhalten hat.

Andererseits ist es eine niederträchtige Gemeinheit, zumal einen bereits anderweitig organisierten Arbeiter zum Eintritt in eine ihm unsympathische Organisation zu zwingen. Wer das zu thun wagt, sollte von allen anständigen Arbeitern mit Verachtung bestraft werden.

§ 153 der Gewerbeordnung gegen die Arbeitgeber. Der viel berufene Konstanzer Fall hat nunmehr seine endgültige Erledigung vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe bezw. dem Landesgericht Konstanz, an das die Sache zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen war, gefunden, und zwar im Sinne unseres Standpunktes, der die Anwendbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung auf die Arbeitgeberverbände und auch bei „Terrorismus“-Akten gegen untheiligt Dritte, die weder als Arbeiter noch als Arbeitgeber in den Konflikt verwickelt sind, vertritt. Von den 1904 in Konstanz streikenden Maurern hatte der größte Theil bei drei Unternehmern, die nicht zu dem Arbeitgeberverband gehörten und sich mit den Arbeitern geeinigt hatten, wieder Arbeit gefunden, so daß die übrigen 16 bestreikten, durch Sichtwechsel solidarisch miteinander verbundenen Unternehmer zu unterliegen Gefahr liefen. Um die widerspenstigen Arbeiter ihrer Zuflucht zu berauben, verhängten sie über jene drei bewilligenden Meister die Materialsperrre. Drohbriefe an die in Frage kommenden Lieferanten und Transporteure, sie würden fünf Jahre lang keinen Pfennig mehr an den organisierten 16 Meistern verdienen, wenn sie die Lieferungen an die drei Verräther nicht einstellten, erwiesen sich als wirksame Waffen bei diesem Vorgehen. Einer der drei von der Verurserklärung betroffenen Oulfelder verklagte nun sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberbundes wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Am 28. September 1904 verurtheilte das Schöffengericht Konstanz 11 der Angeklagten zu je ein Tag Gefängnis. Die Strafkammer zu Konstanz erkannte in der Berufungsinstanz auf Freisprechung, da sie der Ansicht war, daß diese Drohungen dritten gegenüber nicht unter § 153 fielen. Die vom Staatsanwalt beantragte Revision beim Oberlandesgericht Karlsruhe führte zu der Entscheidung, daß § 153 auch auf dritte Personen Anwendung finde und daß die Androhung eines künftigen Uebels als eine strafbare Drohung im Sinne des § 153 aufzufassen sei. Die Sache wurde hinsichtlich der 11 Angeklagten, die an der Absendung der Drohbriefe beteiligt waren, zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zu Konstanz zurückverwiesen und 10 der Bauunternehmer am 7. November zu je einem Tage Gefängnis verurtheilt. Den Angeklagten wurden die vollen Kosten der ersten Instanz und zwei Drittel der Berufungskosten auferlegt.

Noch einige solche Urtheile — und das kriminelle Thatbestandsmaterial liefert ja die Praxis der Arbeitgeberverbände häufig genug und die Arbeitgeber werden sehr bald mit in die Forderung der Gewerkschaften und der Sozialpolitiker einstimmen: Fort mit dem *Ausnahmesez* des § 153 der Gewerbeordnung! (Soz. Prax.)

Mit dem bitteren Los eines Arbeitnehmers der Arbeiter sucht der frühere Geschäftsführer Heinkel des sozialdemokratischen Konsumvereins *Landeshut* in Schlesien die von ihm begangenen Verbrechen, Hehlerei und Urkundenfälschung, zu entschuldigen. Nach dem Bericht der „Berl. Volkszig.“ hatte Heinkel 6 Sack Weizenmehl gekauft, welches Angestellte der Löppersdorfer Dornmühle gestohlen hatten. Heinkel verkaufte das Mehl zu dem üblichen Preise von 19 Mk. an den Konsumverein, 4 Mk. steckte er sich in seine Tasche, je 5 Mk. erhielten die drei anderen Angeklagten. Dem Konsumverein gab Heinkel gefälschte Quittungen über das Mehlgeld. Durch den Lagerhalter des Konsumvereins wurden die Unredlichkeiten aufgedeckt, und Heinkel wurde aus seiner Stellung entlassen. Er giebt an, durch die miserable Bezahlung sei er zu der Unredlichkeit veranlaßt worden. Es seien ungenügend auf die Arbeitsstunde 14 Pfennig Lohn gekommen. Er habe das bittere Los eines Arbeitnehmers der Arbeiter kennen gelernt und wolle lieber wieder bei einem bürgerlichen Arbeitgeber in Arbeit treten. Der Gerichtshof verurtheilte die drei Angeklagten der Mühle wegen Diebstahls zu je vier Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust, Heinkel wegen Hehlerei und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Zugleich wurde Heinkel sofort verhaftet. Der Staatsanwalt hatte gegen Heinkel 1 1/2 Jahre Zuchthaus und die Nebenstrafen beantragt. Heinkel, der schon mehrmals wegen politischer Vergehen vorbestraft ist, war einer der Führer der Sozialdemokraten in Niederschlesien.

Daß durch derartig miserable Löhne Verbrecher gezüchtet werden, haben wir schon oft in sozialdemokratischen Blättern lesen müssen, wir sind aber neugierig, ob dieselben auch in diesem Falle zu gleichem Urtheil kommen werden. Werthvoll und bezeichnend für die herrlichen Zustände in den unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Betrieben ist aber das Eingeständnis Heinkels, er wolle lieber wieder bei einem bürgerlichen Arbeitgeber in Arbeit treten. Wahrlich, die

zielbewußten Arbeitgeber können, was Zahlung von Hungerlöhnen, Beschränkung und Entziehung des Koalitionsrechtes, Geltendmachung des Herrenstandpunktes u. s. w. anbelangt, jeden Vergleich auch mit den schlimmsten aller „privatkapitalistischen Ausbeuter“ getroffen aufnehmen.

Kann der Mann aber schwindeln! Aus dem Gau Stuttgart berichtet „Genosse“ Albert Winter in der Holzarbeiterzeitung über die von ihm in 18 Versammlungen gehaltenen Referate und giebt eine Uebersicht über die Organisationsverhältnisse einiger von ihm besuchten Orte. So theilte er mit, daß in Saupheim von 300 beschäftigten Kollegen 25 beim deutschen Verband, 40 beim Gewerksverein der Tischler und 25 beim christlichen Verband organisiert sind. Nun gehören aber unserem dortigen Ortsverein 55 Mitglieder an. Noch miserabler gezählt hat der Kollege in Biberach. Dort kommen 150 Kollegen in Betracht. Nach Albert Winter gehören von diesen 35 zum deutschen Verband, 38 zum Gewerksverein und 3 zu den Christlichen. Unsere Mitgliederzahl in Biberach beträgt aber 72. Diese Art Berichterstattung scheint die neueste Methode zu sein, die Gewerksvereine zu vernichten, und man kann nicht streiten, bequemer läßt sich die Sache wirklich nicht machen. Im Uebrigen ist dem Bericht zu entnehmen, daß die veranstalteten Versammlungen fast ausnahmslos erbärmlich schlecht besucht waren und daß in den besuchten Orten noch mehr als 70 Prozent aller Kollegen unorganisiert waren, die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse aber vieles zu wünschen übrig lassen. Da erwächst auch für die Kollegen unserer dortigen Ortsvereine die Pflicht, mehr als bisher auf die Indifferenten einzuwirken, dieselben mit dem Zweck und an Zielen einer wirklich neutralen, rein beruflichen Organisation bekannt zu machen und für den Gewerksverein zu gewinnen. Dadurch können unsere Kollegen viel dazu beitragen, daß auch Genosse Winter bis zur Ausführung seiner nächsten Agitationstour denn doch etwas besser zählen lernt.

Arbeitersekretär Erkelenz giebt die Erklärung, welche wir auf sein Ersuchen in voriger Nummer der „Eiche“ veröffentlichten, auch in seinem „Gewerksvereinsboten“ bekannt, und zwar mit folgender Einleitung:

„Der Tinten-Emsil, Herr Gagner, aus Gott weiß welchen Gründen Redakteur der „Eiche“, fühlt sich durch unsere Notiz in Nr. 43 getroffen . . .“

Auch diese läppischen und jungensmäßigen Ausführungen überlassen wir ruhig dem Urtheil der Kollegen im Lande, weil dieselben ein erneuter Beweis für das „erfolgreiche Eintreten“ Erkelenz für die Stärkung und das Gedeihen des Gewerksvereins der Tischler sind.

Zur Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine

nehmen die sozialpolitisch interessierten Parteien und Wirtschaftsgruppen immer deutlicher Stellung. Daß im Gegensatz zu den deutschen Gewerksvereinen und den christlichen Organisationen die Gewerkschaften eine kühle, beinahe ablehnende Haltung gegen die gesetzliche Regelung ihrer Rechtsstellung seit langem zur Schau tragen, ist bekannt. Aber auch ihre Antipoden, die konservative Partei im Reichstage werden allen Anschein nach den Plänen des Gesetzgebers in dieser Richtung entgegenzutreten. Die „Köln. Volksztg.“, eine lebhaft vorlämpferin für die rechtliche Sicherstellung der Gewerksvereine, schreibt dazu:

Für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ist im Reichstage auf die Beihilfe der konservativen Partei nicht zu rechnen. Das ergibt sich klar aus einer Auslassung der Konf. Korr., welche die Zustimmung der Konservativen von so vielen Kautelen abhängig macht, daß die ablehnende Stellung der Partei zu der Maßregel klar ersichtlich ist. Man wird sich überhaupt an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die konservative Partei für soziale Reformen im Interesse der Arbeiter nicht mehr zu haben ist. Glücklicherweise verfügen die Konservativen im Reichstage nicht über die Mehrheit.

Die „Kreuzztg.“ hat in ihrer „Sozialpol. Monatsrundschau für September“ (26. Oktober 1905) des näheren folgendes hierüber ausgeführt:

„Nicht mit Unrecht wurde darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Rechtslage die Arbeiterorganisationen für die Einhaltung der von ihnen mit den Arbeitgebern geschlossenen Tarifverträge in keiner Weise haftbar gemacht werden könnten, während die Gegenpartei der Unternehmer für die Aufrechterhaltung der übernommenen Verpflichtungen nicht nur mit ihrem kaufmännischen Rufe, sondern auch materiell im weitesten Umfange einzustehen hätten. Die Haftpflicht der Gewerkschaften für die Handlungen ihrer Beamten und Leiter wird denn ohne Zweifel auch bei den Verhandlungen über den in der allernächsten Zeit zu erwartenden Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine eine wichtige Rolle spielen. Unseres Erachtens bietet die Neuordnung dieses praktisch außerordentlich bedeutsamen Punktes in der That den Angelpunkt für die Zukunft unserer Arbeiterbewegung überhaupt. Daher wird auch die Forderung derjenigen, die die

Gewerkschaften und ihre Leiter für ihre Beihiligung an frivolen Streiks, insbesondere, nachdem das Einigungsamt des Gewerbegerichts seinen Schiedsspruch gefällt hat, finanziell verantwortlich machen wollen, als höchst beachtenswert bezeichnet werden müssen.“

Die konservativen Anhänger Stockers allerdings besürworten dringend die Erledigung des schwebenden Gesetzentwurfes. Ihr Berliner Organ, das christlich-soziale „Reich“, machte jüngst zu der praktischen Seite der Frage einige interessante Mittheilungen.

„Unseres Wissens sind bisher in Deutschland folgende Berufsvereine der Arbeitnehmer rechtsfähig: der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in Hamburg und der Leipziger „Verband deutscher Bureaubeamten“. Die Leitungen dieser Vereine theilten uns mit, daß sie bisher mit der Eintragung ihrer Vereine in das Register durchaus gute Erfahrungen gemacht haben. Der Hauptstreit wird sich um die Haftpflicht der Berufsvereine entspinnen. Die Gegner der Arbeiterbewegung wollen hier Fuhangeln legen, und der bekannte englische Taffalentscheid zeigt, daß auf diesem Felde es möglich ist, Fuhangeln zu legen. An maßgebender Stelle denkt man nicht daran, durch besondere Bestimmungen die Haftbarkeit der Berufsvereine auf alle Handlungen, die ihre Mitglieder begehen, auszudehnen, man beabsichtigt aber auch nicht, die Haftpflicht, der jede rechtsfähige Korporation unterliegt, auszuschließen. Da indessen das Risiko, das die Arbeiterverbände eingehen, für die Leitungen derselben schwer übersehbar ist, so könnten sich unsere deutschen Haftpflicht-Gesellschaften ein erhebliches Verdienst um die ruhige Fortentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung erwerben, wenn sie alsbald nach Veröffentlichung des Gesetzentwurfes eine allgemeine Offerte machten, zu der sie den Arbeiter-Berufsvereinen ein etwaiges Haftpflicht-Risiko abnehmen würden. Es würde dann eine Frage, die (wie Belgien zeigt) verhängnisvoll für die ganze Frage der Rechtsfähigkeit werden kann, dem politischen Streite entrückt werden.“

Die von der Frage direkt betroffenen Kreise der Arbeitgeber, soweit sie sich um die „Deutsche Arbeiterzeitung“ scharen, erwarten von der rechtlichen Regelung der Berufsvereine eine für sie günstige Wandlung der Arbeitskämpfe, bezweifeln jedoch das Zustandekommen eines in diesem Sinne abgefaßten Gesetzes.

Das genannte Blatt erblickt in der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften die einzige Handhabe dem Streikansug entgegenzuarbeiten, sofern dadurch die Gewerkschaftsführer persönlich für den von ihnen in Gestalt von frivolen Störungen des Arbeitsfriedens angerichteten Schaden verantwortlich gemacht werden. Daß sich aber der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung bereisfinden würde, einer solchen Einschränkung des Streikterrorismus zuzustimmen, habe als völlig ausgeschlossen zu gelten. Jede gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik trage erfahrungsgemäß nur zu einer weiteren Untergrabung des Arbeitsfriedens bei, weil er im eigentlichen Sinne ein „Arbeiterklassenparlament“ sei.

Der „Bund der Industriellen“ scheint erst nach Vorlage des endgültigen Gesetzentwurfes sich zu der Verleihungsfrage entscheiden zu wollen. Jedenfalls erwartet er aber von ihr einen bedeutsamen Einfluß auf die Arbeitskämpfe, wie das für sein Winterprogramm zur Behandlung gewählte Thema bekundet: „Die Beurteilung des neuen Gesetzes, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Verbindung mit der Streit- und Tarifvertrags-Frage.“ (Soziale Praxis.)

Technisches. Das Holz.

Von Max Massalski.

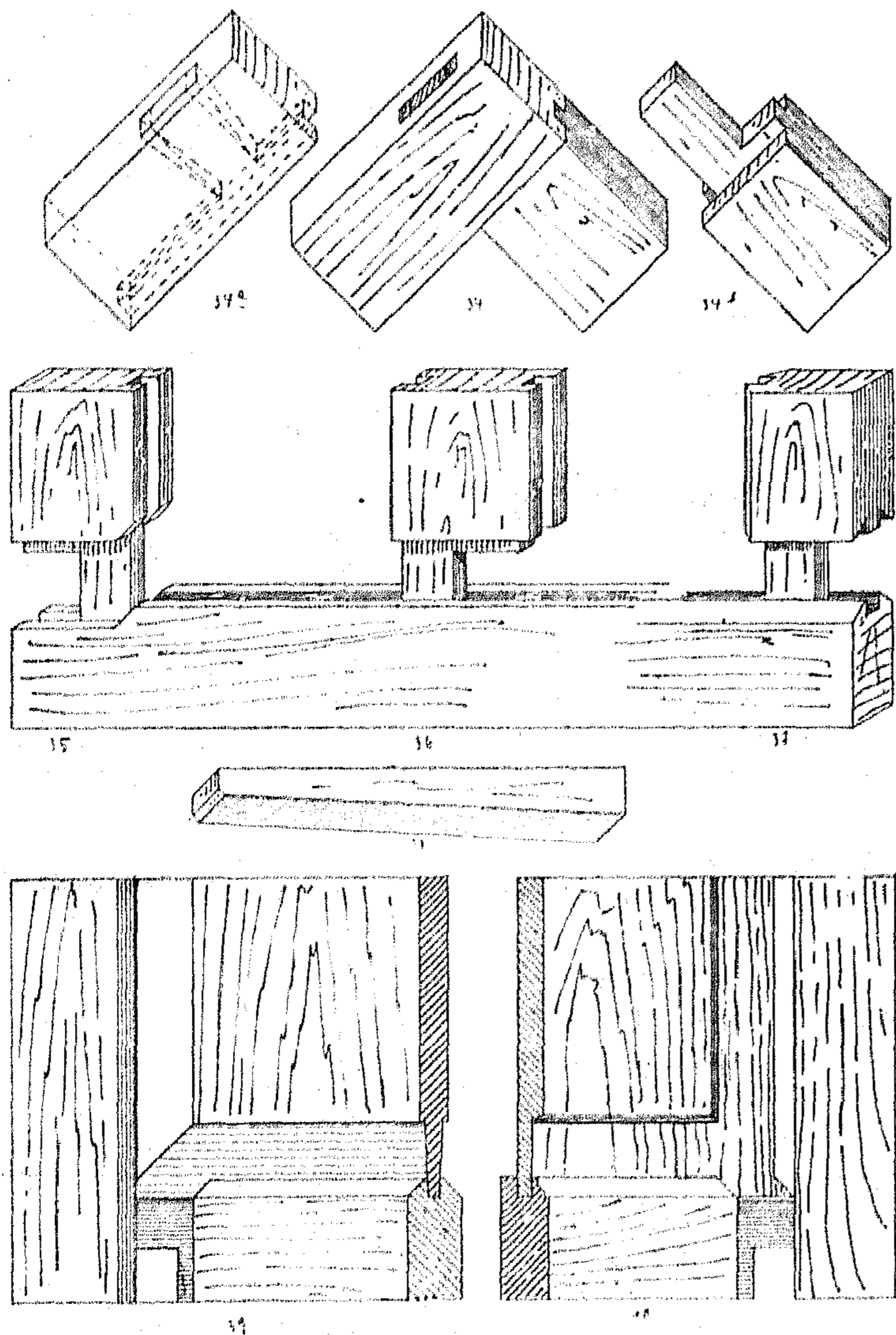
(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das Zusammenstemmen ist die solideste aller angeführten Verbindungen, weil dieselbe schon in sich selbst einen vollständig festen Halt hätte, wenn man ohne Seim nur durch Eintreiben der Keile arbeiten würde. Es muß aber unter allen Umständen Seim zu Hilfe genommen werden, so daß man eine absolut unlösbare Verbindung erhält. Im Uebrigen gilt beim Verleimen dasselbe, was schon beim Zusammenschlagen gesagt ist. Die größte Sorgfalt muß dem Zapfenloch und dem Keil zugewendet werden, damit man nicht beim Nachtrodnen undichte Gebrungen erhält. Das Zapfenloch soll $\frac{1}{3}$ der Holzstärke einnehmen und in der Mitte des Rahmenstückes sitzen, der Zapfen darf höchstens 5 cm, bei ganz starken Hölzern 6 cm breit sein, damit er nicht schwindet, außerdem muß er genau in den Schliß eingepaßt werden und durch das ganze Rahmenstück hindurchreichen. Die Keile müssen ebenfalls genau eingepaßt und möglichst schlanke sein, das betreffende Loch muß von der Außenkante des Rahmenstückes bis kurz vor der Ruth konisch ausgestochen werden, so daß die innere Öffnung der Breite des Zapfens entspricht, während sie an der Außenseite rechts und links jedesmal um die größte Stärke des einzutreibenden Keiles erweitert ist. Der Keil, der an dem spitzen Ende immer noch 6—8 mm stark sein muß (Fig. 38), wird vorn ganz kurz zugespitzt und mit schwachem Seim eingesteckt. Beide Keile werden abwechselnd gleichmäßig eingetrieben, der äußere immer zuerst, damit die Gebrung, die vorher mit einer Zinkfeder versehen ist, gut dicht wird. Dadurch, daß das Zapfenloch an der inneren Seite der Zapfenbreite entspricht, die Keile aber am schwächeren Ende immer noch 6—8 mm breit sind, wird der Zapfen durch die eindringenden Keile

an der Gehrung zusammengepreßt und bildet mit den letzteren eine Art Schwalbenschwanz, er hält das Rahmenholz dadurch fest an die Gehrung, so daß dieses beim Nachtrodnen immer von außen auf die Kehlung zu trodnen muß, vorausgesetzt, daß beim Zusammenarbeiten wie oben gesagt verfahren ist. Ist dagegen das Zapfenloch falsch gestemmt, der Keil spitz gearbeitet, so daß das Rahmenstück an der Außenkante gebunden wird, anstatt an der Gehrung, so trodnet das Holz von innen nach außen und giebt undichte Gehrungen und Fugen. Eine verkehrte Sitte ist es, den Zapfen zu spalten und die Keile in den Spalt einzutreiben, weil der Zapfen geschwächt wird, das abgespaltene Stück abbricht und unter Umständen das ganze Querrahmenstück spaltet.

Bei besonders breiten Rahmenhölzern zwei Zapfen anzuschlagen, halte ich für gefährlich, weil die Quersfläche reißt, sobald sie nicht ganz gut ausgetrocknet sind. Füllungen dürfen nicht mit eingeleimt werden, denn sobald sie durch Leim, und sei es nur zufällig in den Ecken, gebunden werden, reißt sie beim Nachtrodnen.



In obigen Figuren (34—40) sind einige Beispiele von zusammengestemmten Rahmenverbindungen angeführt. Figur 34a zeigt ein Zapfenloch in den punktierten Linien mit den Öffnungen für die Keile, Figur 34b giebt einen regelrechten Zapfen wieder. Die Figuren 35, 36, 37 zeigen der Reihe nach eine Rahmendecke für angefehlte Profile, ein stumpf zusammengestemmtes Mittelstück und rechts eine auf Fase zusammengesetzte Rahmendecke. Nr. 38 giebt das Bild eines richtigen Keiles, wie man ihn zum Verteilen zusammengestellter Arbeiten benutzen sollte. Figuren 39 und 40 zeigen Anwendungen der zuletzt besprochenen Holzverbindung mit eingetretener Füllung. (Fortsetzung folgt.)

Aus den Ortsvereinen.

Mülheim a. Ruhr. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung der letzten Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins war der Bericht über den Stand der Zeitungsfrage. Leider war dem Bericht zu entnehmen, daß die noch vor Jahreschluß geplante Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung nicht zur Ausführung kommen wird, weil die Sammelgelder nicht so eingegangen sind, als wie es erwünscht und notwendig war. Es wurde aber die Hoffnung ausgesprochen, daß es doch möglich sein wird vom 1. Dezember ab das Blatt dreimal wöchentlich herauszugeben. Selbstverständlich müßten dann die Sammlungen fortgesetzt werden, bis daß das zur Ausführung des Projekts notwendige Kapital von 40 000 M. beisammen ist. Kollege Quittat ersucht in der Agitation für die Verwirklichung des ursprünglichen Planes nicht zu erlahmen und namentlich die Sammlungen auf das eifrigste fortzusetzen. Eine

eigene täglich erscheinende Zeitung sei dringend notwendig, um die Angriffe von rechts und links, welchen der Gewerksverein fortwährend ausgesetzt ist, sofort und treffend zurückweisen zu können. Die sich dem Bericht anschließende Diskussion verlief im Sinne des Referats und endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die heute abgehaltene außerordentliche Mitglieder-Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Delegiertentages vom Ausbreitungsverband. Nach Lage der jetzigen Zeitungsfrage erachten und verpflichten sich die Mitglieder mehr wie bisher an den Sammlungen theil zu nehmen, damit auch wir in absehbarer Zeit eine Tageszeitung begrüßen können.“
Quittat.

Hierauf besprach Kollege Quittat den Beginn und Verlauf des Streiks in Fürth und kritisierte in scharfen Worten das Verhalten des Holzarbeiterverbandes bei dieser Bewegung. Auch in diesem Falle habe es sich wieder gezeigt, daß nicht die Verbesserung der Lage der Kollegen, sondern nur ein Konkurrenzmanöver des Holzarbeiterverbandes gegen den Gewerksverein die Triebfeder der ganzen Bewegung gewesen ist. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Kollegen Quittat durch einstimmige Annahme folgender Resolution ohne weitere Debatte zu:

„Die heute abgehaltene außerordentliche Mitglieder-Versammlung nimmt Kenntnis von dem unkollegialischen Verhalten des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zählstelle Fürth, während des Streiks daselbst. Erneut verpflichten sich die Mitglieder energisch und mit aller Kraft in die Agitation für unseren Ortsverein eintreten zu wollen, da dieselben wissen, daß nur von einer politisch-neutralen Organisation die Verhältnisse des Arbeiters gebessert werden können.“
Quittat.

Im letzten Punkt der Tagesordnung ermahnt der Vorsitzende die Kollegen sich vollzählig an der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl zu beteiligen. Ein jeder müsse bei der notwendigen Agitation seine Schuldbigkeit thun und kein einziges wahlberechtigtes Mitglied dürfe der Wahl fernbleiben. Erfülle also ein Jeder seine Pflicht und gebe seine Stimme den von den Gewerksvereinen aufgestellten Kandidaten. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Nun noch ein Kollegen! Unsere letzte Versammlung war wieder nicht so gut besucht, als wie dies unter den heutigen Zeitverhältnissen zu erwarten wäre. Es ist höchste Zeit, daß auch hierin wieder ein anderer Geist Platz greift. Je besser besucht die Versammlungen sind, desto interessanter, lehrreicher und somit für jeden einzelnen Kollegen von größerem Vortheil werden sich dann auch die Verhandlungen gestalten. Wir glauben es bedarf nur dieses Hinweises um eine Aenderung und Besserung des jetzigen Zustandes herbeizuführen. Der Ausschuß erwartet mit Bestimmtheit, daß in der am 3. Dezember stattfindenden Generalversammlung unseres Ortsvereins kein einziges Mitglied fehlt, namentlich da an diesem Tage eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.
Carl Meier.

Saßloch i. d. Pfalz. Unter Vorsitz des Kollegen Müller vom Ortsverein Neustadt a. Saarbr. hielt unser junger Ortsverein hier selbst am 5. November seine erste öffentliche Versammlung ab, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Unser Agitationsleiter Kollege Fallscheer-Ulm referierte über das Thema: „Zweck und Ziel der Deutschen Gewerksvereine.“ In einstündiger Ausführung besprach der Referent zunächst die Notwendigkeit des Anschlusses aller Arbeiter an eine neutrale Berufsorganisation und entwarf sodann ein klares Bild von den Prinzipien und der Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine. Ganz besonders erläuterte der Redner das Statut sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder wie auch die bisherigen Leistungen im Gewerksverein der Deutschen Tischler. Mit dem Wunsch, daß der junge Verein zu einem kräftigen Glied der Organisation gedeihen möge und sämtliche Mitglieder dafür sorgen, daß die noch Fernstehenden sich dem Verein anschließen, schloß der Referent seine allseitig mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Vorsitzender Müller sprach dem Referenten Kollegen Fallscheer für seine klaren und überzeugenden Darlegungen besten Dank aus.

Wüllinger, Sekretär.

Bruchsal. Auf die Mitteilung, daß Kollege Fallscheer auch unseren Ortsverein auf seiner Agitationsreise besuchen werde, beriefen wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, welche von den Kollegen gut besucht war. In vorzüglicher Weise entledigte sich Kollege Fallscheer seines ihm gewordenen Auftrages, indem er uns ausführlich den Zweck und die Leistungen des Gewerksvereins vor Augen führte. Referent besprach auch die verflochtenen Streiks sowie die Aussperrung der Metallarbeiter in Süddeutschland, welche schwere Opfer erforderten und gezeigt haben, daß die Arbeiter fortgesetzt bestrebt sein müssen, ihre Organisation auszubauen und die Mitgliederzahl zu stärken. Als Vorbild könnten uns die Arbeitgeber dienen, die sich ungeheuer schnell zusammenschlossen, um den Arbeitern erfolgreich entgegenzutreten zu können und die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen oder ganz zu vernichten. Zum Schluß forderte Kollege Fallscheer die Anwesenden zur regen Agitation auf und ermahnte die Kollegen, immer recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen, dann wird und muß es vorwärts gehen. — Mit einem Dank an den Referenten schloß Vorsitzender Scherf die gut verlaufene Versammlung.
E. O.

Stettin. Die schon längst mit einigem Erfolg abgethane Lohnbewegung der Vulkanarbeiter hier selbst läßt unsere Gegner, die Gewerkschafter, noch immer nicht ruhen. Trotzdem in der „Metallarbeiterztg.“ sowie in dem Flugblatt „Zur Aufklärung“ (neben

wüstem Geschrei über die Gewerksvereine) zugestanden wird, daß die Forderungen zum Theil bewilligt, die übrigen noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Direktion und Betriebsleitung sind, werden zur selben Zeit wiederum drei öffentliche Versammlungen über die unhaltbaren Zustände im Vulkan abgehalten. In diesen Versammlungen wird die Vulkanangelegenheit nur oberflächlich gestreift, desto mehr aber über die Gewerksvereine hergefallen und ob ihres selbstständigen Vorgehens geschimpft, während doch nur allein die Gewerkschaften durch ihre Fahnenflucht Respekt einbüßten. Als besondere Zielscheibe in diesen Versammlungen mußte der neue Bezirksleiter, Kollege Wolf herhalten, als er die Selbstständigkeit der Gewerksvereine in den Vordergrund stellte und nach mehrfachen Anzuspinnungen der Gegner auch Blüten ihrer Thätigkeit zum Besten gab. Auf diejenigen Gewerksvereiner, welche in der vordersten Reihe stehen, hat man es besonders abgesehen. Zu einem Vertrauensmann, der Tags zuvor im „Volksboten“ angerempelt, kommen die „Auchkollegen“ vom Verband: „Nun hast Du doch wohl bald genug, komme nur zu uns, dann bist Du wieder ein anständiger Mensch!“ Neu im Gewerksverein aufgenommene Mitglieder werden an den Rodschößen bis in die Straßenbahn verfolgt, um ihre Mitgliedschaft wieder aufzugeben. Jedem anständigen Menschen muß diese wüste Agitation anekeln — und das nennt sich freie Gewerkschaften. Dem Ganzen die Krone setzte eine am Mittwoch, den 8. November von den Krankenkassenbeisitzern einberufene Volksversammlung auf. Diese wollte über die „Unwahrheiten“ in unserem Flugblatt „Zur Abwehr“ zu Gericht sitzen. Dem Tischler Höder war es vorbehalten, das Flugblatt zu verlesen und nach den einzelnen Abschnitten seinen Kommentar daran zu knüpfen, der zum größten Theil in Grobheiten bestand, die selbst der „Volksbote“ nicht alle wiedergiebt. Dabei erklärte dieser Herr gleichzeitig, daß die Kassenärzte des Vulkan den Beisitzern das Zeugniß ausstellten, sie seien die „intelligentesten Arbeiter des Betriebes“. Ganz besonders wurden die Mitglieder des Gewerksvereins der Tischler angezapft, die mit ihren horrenden Forderungen die Kollegen vom Holzarbeiterverband bei der Lohnbewegung nur hineinlegen wollten. Damit wollte Höder wohl nur seinem Nerger darüber Lust machen, daß von seinen Verbandskollegen Niemand weder zur Kommission noch zur Unterschrift zu bewegen war. In den Verhandlungen bei der Direktion habe Kommerzienrath Stahl erklärt, es seien auch Anträge von den Gewerksvereinen eingegangen, Vereine irgend welcher Richtung würden aber nicht anerkannt. Hierauf habe der Tischler Brochnow eingewendet, die unterzeichneten Mitglieder des Gewerksvereins seien Arbeiter des Vulkan und demnach auch berechtigt, Anträge zu stellen. Die Direktion habe dennoch abweisend geantwortet. Es sprachen alsdann noch weitere Beisitzer, die sich in Ausdrücken benahmen, die hier nicht wiederzugeben sind. Als dann unser Kollege Brochnow die Anrempelung, mit der er empfangen, sowie die Ausdrucksweise der „intelligenten“ Kassenvertreter kennzeichnete, erhob sich ein wüstes Geschrei. Nachdem derselbe die Ausführungen Höder's als unwahr zurückgewiesen, folgte als nächster Redner der Schlosser Roggolt, der auch bei den Verhandlungen mit der Direktion zugegen war und dem unstreitig die Palme des Abends gebührt. Brochnow, so behauptete er, wäre nicht bei der Wahrheit geblieben, denn neben anderem sei er überhaupt nicht für eine allgemeine Lohn-erhöhung eingetreten, diese müsse den Meistern überlassen bleiben, nur die Schirmer (Vorarbeiter) dürften eine solche erhalten. Die nachfolgenden Redner, auch der Vorsitzende, Schlosser Grube, hatten nicht den Muth, diese groben Unwahrheiten abzuweisen. Die Vulkanarbeiter, welche dabei waren, mußten zu solchem Gebahren ihrer Vertreter bedenklich den Kopf schütteln. Am Schluß wurde dann wie in allen bisherigen Versammlungen die übliche Resolution mit dem Schlußsatz: „Heraus aus den Gewerksvereinen zum Uebertritt in die Gewerkschaften“ angenommen. Dieser Mitgliederfang hat sich wie ein rother Faden durch die ganze wüste Agitation während der vier Monate hindurch gezogen. Trotzdem haben unsere Vereine gerade in letzter Zeit ganz besonders an Mitgliedern zugenommen. Unseren Mitgliedern, besonders den Vertrauensmännern, rufen wir zu: Laßt euch nicht beirren, wirkt wie bisher ruhig und besonnen für die weitere Ausbreitung unserer Organisation.

Gegenüber den in der vorstehend geschilderten Versammlung aufgestellten Behauptungen der Krankenkassenvertreter stellen die Unterzeichneten Folgendes fest:

1. Auf die Einwendung des Kollegen Brochnow, daß die unterzeichneten Gewerksvereinsmitglieder sämtlich Arbeiter des Vulkan und als solche zur Stellung von Forderungen wohl berechtigt seien, erwiderte Herr Kommerzienrath Stahl: „Zunächst, deshalb haben wir Sie ja auch hierhergeladen und verhandeln Beides zugleich.“
2. Für die in niederen Löhnen stehenden Arbeiter wurde seitens der Gewerksvereine eine höhere Zulage gefordert und durch den Kollegen Brochnow begründet, worauf Herr Kommerzienrath Stahl erklärte: „Im Prinzip sind wir damit einverstanden.“
3. Sämtliche Redner der Gewerksvereine haben für eine allgemeine Lohnzulage gesprochen.

Die Gewerksvereins-Kommission:

H. Mann. S. Below. Franz Biergalsky. O. Karnath.
S. Grimm.

Zur besonderen Beachtung für die Ortsvereine Berlins und Umgegend.

Die Ausschüsse sowie Mitglieder der Ortsvereine von Berlin und Vororte machen wir besonders auf folgende Sitzungen und Versammlungen aufmerksam:

1. Am Montag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung aller in der Treppengeländer- und Salonsiebranche thätigen Kollegen, ferner Maschinenarbeiter, Drechsler und Stellmacher. Tagesordnung: 1. Brancheneinteilung, 2. Wahl des Obmannes und der Kommission.
2. Am Donnerstag, den 30. November, Abends 8 1/2 Uhr, Möbeltschler und aller in dieser Branche beschäftigten Kollegen. Tagesordnung: 1. Wahl des Obmannes und der Kommissionmitglieder, 2. Werkstattangelegenheiten.
3. Am Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 9 1/2 Uhr, Bautischler. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Obmannes und der Kommissionmitglieder, 2. Branchenangelegenheiten.
4. Am Dienstag, den 5. Dezember, Vorortskommission und Ausschüsse Berlins und Vororte. Gemeinsame Sitzung Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Regelung von geschäftlichen Angelegenheiten, 2. Vorbereitung der Mitglieder-versammlung am 10. Dezember.
5. Am Donnerstag, den 7. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr. Versammlung der Vertrauensleute aller Branchen und Ortsvereine. Tagesordnung: Welches sind die Rechte und Pflichten eines Vertrauensmannes.
6. Am 10. Dezember, Vormittags 9 1/2 Uhr. Allgemeine Mitglieder-versammlung aller Ortsvereine. Tagesordnung: 1. Wahl des Agitationsleiters, 2. Wahl der Verwaltung, 3. Verschiedenes.

Sämtliche vorgenannten Versammlungen finden im Verbands-hause, Greifswalderstr. 221/23 statt.

Wo keine besondere Einladung mehr ergeht, dient das Vorstehende als solche. Die Quittungsbücher resp. Vertrauensmännertarifen sind zu den betr. Sitzungen resp. Versammlungen mitzubringen. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung haben die Vertrauensleute für zahlreichen Besuch der einzelnen Versammlungen Sorge zu tragen.

Obmann der Klavierarbeiter-Branche ist Kollege B. Fessler, S.O. 33, Bebernstr. 3.

Obmann der Modell- und Fabriktschler B. Dankowski, N. 28, Rheinsbergerstr. 31.

Obmann der Einseker Otto Meyer, O. 17, Caprivistr. 7.

Bei vorkommenden Differenzen bitten wir die Mitglieder sich an den Obmann der betreffenden Branche zu wenden.

Die Vorortskommission.

Ämtlicher Theil.

Aus der 73. Bureau-sitzung vom 18. November 1905.

Die Wahlen eines Vorsitzenden und eines Kassirers in Wesel werden im Namen des Generalrats besätigt.

Streif- bezw. Aussperrungsunterstützung, pro Arbeitstag 2 Mt., erhalten in Augsburg 106, 186 und 19 199 vom 11. 11.

Arbeitslosenunterstützung, pro Wochentag 1,50 Mt., erhalten: 128 Kraus-Augsburg v. 19. 11.; — 5928 Nutt-Berlin (Moabit) v. 21. 11.; — 9944 Nieger-Döbeln v. 22. 11.; — 7808 Sarg-Stein v. 19. 11.

In Arbeit: 7768 Schromm-Augsburg am 13. 11.; — 288 Samann-Berlin (Erster) am 14. 11.; — 14 648 Sund-Elberfeld am 15. 11.; — 6265 Ziegert-Stolthenthal am 13. 11.

Nach Aussperrung: Augsburg 106 und 186 am 16. 11.; — Worms 12 164 am 18. 10.

H. Bahle,
Vorsitzender.

W. Zille,
Schatzmeister.

B. Bamberg,
Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Die geehrten Ausschüsse sämtlicher Ortsvereine werden hierdurch aufgefordert, die laut § 11 des Gewerksvereinsstatuts vorgeschriebene und im § 12 und folgenden der Geschäftsordnung erläuterte, im Dezember jeden Jahres vorzunehmende Ausschussswahl vorzubereiten und dieselbe rechtzeitig durch die Ortsvereins-Versammlung vornehmen zu lassen.

Für diejenigen Ortsvereine, für welche eine Verwaltungsstelle der Zuschußklasse errichtet ist, deren Verwaltung gleichfalls alljährlich im Dezember laut § 17 des Zuschußklassenstatuts durch die Mitglieder-Versammlung gewählt werden muß, schreibt der § 12 der Geschäftsordnung vor, daß der für den Ortsverein gewählte Ausschuß „gleichzeitig die Verwaltung der Verwaltungsstelle der Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse bildet“; demzufolge ist diese Wahl im Anschluß an die Ortsvereins-Versammlung, in welcher der Ausschuß gewählt worden ist, in einer Mitglieder-Versammlung der Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen, vorzunehmen.

Sofort nach den vollzogenen Wahlen sind die Namen der Gewählten nebst deren genauen Adressen auf dem, mit Nr. 46 der „Eiche“ den Vereinen übersandten Formular zu verzeichnen und das vollständig ausgefertigte Formular dem Bureau des Gewerkevereins (Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221—223) einzuschicken.

Die Wahlen müssen so frühzeitig erfolgt sein, daß dieses ausgefertigte Formular sofort nach der Wahl, spätestens jedoch den 24. Dezember d. J., zu Händen des Bureaus gelangt, damit das Adressverzeichnis rechtzeitig fertig gestellt werden und namentlich auch die wöchentliche Versendung der „Eiche“ ohne Unterbrechung an die richtige Adresse erfolgen kann.

Der Generalrat und Vorstand erwarten mit Bestimmtheit, daß die Mitglieder nur solchen Genossen die Vertrauensämter übertragen werden, die auch mit allem Ernst gewillt sind, ihres Amtes während ihrer Wahlperiode in thätiger und entsprechender Weise zu walten, damit Ergänzungswahlen möglichst vermieden werden; ferner wird noch hinsichtlich der Wahl der Kassierer insbesondere auf den § 17 der Geschäftsordnung hingewiesen, mit dem Bemerkten, daß der Generalrat und der Vorstand ohne Unterschied nur solchen Genossen, welche die im § 17 der Geschäftsordnung vorgesehene Kaution hinterlegt haben, die Bestätigung erteilen kann und wird.

Laut § 19 d. des Gesetzes und § 21 Abs. 2 des Zuschußklassenstatuts ist die Verwaltung jeder Verwaltungsstelle verpflichtet, der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes von jeder Veränderung in der Verwaltung Anzeige zu machen; demzufolge muß, sobald die Neuwahlen vom Vorstande bestätigt sind, sofort, spätestens aber in drei Tagen, an die örtliche Aufsichtsbehörde der Stadt, Ort oder Bezirk eine besondere Meldung erfolgen, in welcher genau der Name, Stand und Wohnung nebst Amtsbezeichnung der Neugewählten anzugeben sind; jedoch ist es nur erforderlich, den neugewählten Vorsitzenden, Sekretär und Kassierer in diesem Schriftstück zu melden.

Für Berlin sind die Meldungen „An den Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin, Abth. IIa, Zimmer 275 zu adressieren.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Unterlassung der Meldung an die Behörden strafbar ist, die Kasse kommt jedoch für die etwa verhängten Strafen nicht auf.

Für den Generalrat und Vorstand:

A. Wahlte, W. Zielke, P. Wambach, Vorsitzender, Schatzmeister, Generalsekretär.

Zur geneigten Beachtung.

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (f. § 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassierer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassierer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzuschicken.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher:

Nr. 3157 Heinrich Neugebauer-Haynau, Nr. 15217 Gottlieb Schwizke-Haynau.

Für den Generalrat:

A. Wahlte, W. Zielke, P. Wambach, Vorsitzender, Schatzmeister, Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Dieser Nummer 47 der „Eiche“ liegen Couverts mit gedruckten Anschreiben an die Herren Kassierer nachbenannter Ortsvereine bei: Aachen, Augsburg, Berlin (Erster), Berlin (Königl.), Berlin (Moabit), Berlin (West), Berlin (Nord), Berlin (Pianosortearb.), Berlin (Modell- und Fabrikischer), Beuthen, Brandenburg, Breslau I, Breslau II, Bromberg, Cottbus, Danzig, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Finsterwalde, Freiburg, Fürth, Göggingen, Graudenz, Greifswald, Halle, Hamburg, Kattowitz, Königsberg, Leipzig-Ost, Liegnitz, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg I, Nürnberg (Büttner),

Wesersee, Waderberg, Schleuditz, Spandau, Pr.-Stargard, Stettin I, Stettin-Bredow, Stolp und Thorn.

Diese Fragebogen sollen zu einer Statistik verwendet werden, welche genauen Aufschluß über die Streiks, Aussparungen und Maßregelungen des Jahres 1905 giebt. Es soll zu ersehen sein: die Zahl unserer beteiligten Mitglieder, sowie die Aufwendungen, welche von dem Gewerkeverein, den Lokalfassen oder aus sonstigen Fonds und Sammlungen gemacht wurden.

Die Herren „Eiche“-Empfänger werden im Interesse der Sache ersucht, diese Couverts sofort an die Herren Ortsvereinskassierer zu übermitteln und diesen Kollegen wird zur Pflicht gemacht, die Ausfertigung sofort gewissenhaft vorzunehmen und diese Fragebogen bestimmt bis zum 16. Dezember d. J. dem Bureau einzuschicken.

P. Wambach, Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Die Kassierer der Ortsvereine Aachen, Anklam, Barmen, Baugen, Berlin VII, Brandenburg, Charlottenburg, Dirschau, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Finsterwalde, Geisklingen, Glogau, Graben, Hagen, Jauer, Jena, Jüterburg, Karlsruhe, Kauerndorf, Landsberg II, Mombach, Neusalz, Neu-Ulm, Nürnberg I, Nürnberg II, Osterode, Nixdorf, Rothenburg, Rothenhal, Siegen, Stettin-Bredow, Striegau, Weiskensfeld, Zerbst und Zittau haben bis zur Stunde weder Geldsendungen noch den Abschluß nebst Kontrollstreifen pro Monat Oktober eingesandt.

Die Vorsitzenden dieser Ortsvereine werden hiermit auf das Bestimmteste aufgefordert, für die sofortige Absendung der Gelder und Abschlüsse Sorge zu tragen, widrigenfalls dem Generalrat Vorlage gemacht werden muß.

Berlin, den 20. November 1905.

W. Zielke, Schatzmeister.

Versammlungen.

Die Beiträge sind wöchentlich voranzuzahlen.

Am folgenden Sonntagabend ist die 47. Beitragswoche fällig.

Mitglieder, welche länger als 4 Wochen restieren, ohne Stundung nachgesucht zu haben, werden gestrichen.

November.

- Augsburg. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee Fronhof“, am Fronhof. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Königl.). 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Roppenstr. 65. Beitrags., Gesch., Berlin (Moabit). 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Thurmstr. 18. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (West). 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Nord). 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 148. Gesch., Beitrags.
- Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch Abend 8 1/2—10 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/228. Gäste stets willkommen.
- Berlin. Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Jed. Donnerstag, Abend 9—11 Uhr, Übungsstunde im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/228. Gäste stets willkommen.
- Beuthen. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Jakobs Gesellschaftshaus“, Tarnowitzerstr. 16. Gesch., Beitrags.
- Boschum. 26. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Supert, Alleestr. 62. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fritsche, Windscheidstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Cöln a. Rh. (Bezirksversammlung.) 26. Vorm. 10 Uhr, für Ehrenfeld im „Verbandshaus“, Benloerstr.
- Cüstrin. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrags., Gesch.
- Ezerdt. 25. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. b. Kruczynski. Beitrags., Versch.
- Dirschau. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.
- Dr.-Pieschen. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Kest. z. goldenen Weintraube“. Beitrags., Gesch.
- Düsseldorf. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schumacher, Immermannstr. 38a. Beitrags., Gesch. — 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Branchenversammlung der Modellschreiner b. Schumacher, Immermannstr. 38a.
- Elberfeld. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kest. zum Ödler Wappen“, Kaiserstraße 8. Gesch., Beitrags. — Volkswirtschaftsschule jeden Donnerstag Abend 9 Uhr. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag Morgen von 9—10 Uhr im Vereinslokal.
- Frankfurt a. O. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fröhlich, Nichtstr. 72. Beitrags.
- Greifswald. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Snekow. Beitrags., Gesch.
- Hamburg. 25. Abds. 9 Uhr, Vers. b. Ellerbrod, Hamburg = St. Pauli, Gimsbühlstr. 13. Gesch., Beitrags.
- Jena. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Beitrags.
- Jüterburg. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Café z. schwarzen Waldfisch“. Gesch., Beitrags.
- Kattowitz. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.
- Landsberg I. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gustavus, Luisenstr. 37. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten. — Beitrags. nur in den Versamml.
- Langenlöß. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Café Gluckauf“. Beitrags., Gesch.
- Lauenburg. 26. Nachm. 1 1/2 Uhr, Vers. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.
- Lauterbach. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Café z. Bad. Hof“. Gesch., Beitrags.
- Osterode. 26. Nachm. 2 Uhr, Vers. im „Kaisersaal“. Beitrags., Versch.
- Quedlinburg. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kest. Prinz Heinrich“, Steinweg. Gesch., Beitrags.

Nixdorf. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gorski, Hermannstr. 199. Beitrags-, Gesch., Werkstattangelegenheiten, Ausschuhwahl, Beschlussfassung über die Verwaltung des Lokalbeitrags am Ort. Für die Zuschuhklassenmitglieder: Wahl der örtlichen Verwaltung.

Elegen. 25. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest zum Rappen“, Marburgerthor. Gesch., Beitrags.

Spandau. 24. Abds. 8—8 Uhr, Beitrags. b. Sturm, Bahnhofstr. 1.

Ueberlingen. 26. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. in der „Nest zur Hölle“. Beitrags., Gesch.

Weissenfeld. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Bierhaus“, Friedrichsplatz. Gesch., Beitrags., Versch.

Weissensee. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhausstr. 143. Gesch., Beitrags., Versch.

Werdohl. 26. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Junke in Werdohl. Gesch., Beitrags.

Worms. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rheinthal“, Rheinstr. 4. Gesch., Beitrags.

Zerbft. 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Sennemann's Bürgerhaus“. Beitrags., Gesch.

Dezember.

Nachen. 3. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Schmitz, Am Markt. Beitrags., Gesch.

Narmen. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26. Beitrags., Versch.

Barth. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Mensch am Hafen. Gesch., Beitrags.

Bautzen. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Pittau“. Beitrags., Gesch.

Berent. 3. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Hillbrandt (Gerberge). Gesch., Beitrags.

Berlin (Ester). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalberstr. 21. Gesch., Beitrags.

Berlin VI (Pianosortearb.). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenderstr. 16r. Gesch., Beitrags.

Berlin VII (Modell- u. Fabriktschl.). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schubert, Gerichtsstr. 71, Ecke Kunkelstr. Gesch., Beitrags.

Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 6. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger, Adalberstr. 21.

Biberach. 3. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwan“. Gesch., Beitrags.

Breslau (Holzarb.). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Kassenabend im „Grünen Bergel“, Kupfer Schmiedestr. 29.

Breslau (Tischl.). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Kassenabend im „Grünen Bergel“, Kupfer Schmiedestr. 29.

Bromberg. 3. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Wicheri am Fischmarkt. Gesch., Versch. Beitragszahlung von 2 Uhr ab.

Bruchsal. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest zu den vier Jahreszeiten“, Rollenstr. 9. Gesch., Beitrags.

Bütow. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Selke, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrags.

Cöln a. Rh. (Bezirksversammlungen.) 3. Vorm. 10 1/2 Uhr, für Cöln b. Köffel, Neumarkt, Ecke Thieboldsgasse. — 3. Vorm. 11 Uhr, für Kall b. Seuf, Hauptstr. 178.

Cottbus. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Drei Kronen“, Berlinerplatz. Beitrags., Versch.

Danzig. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Borstädt. Graben 9. Beitrags., Versch.

Dortmund. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Behle, Brückstr. 16. Beitrags., Gesch., Bücherwechsel.

Duisburg. 3. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Hasenkamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. Beitrags., Gesch., Versch.

Eisenach. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Nest z. Adler“, Mühlhauerstr. 20. Gesch., Beitrags., Versch.

Eibing. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehaus“. Gesch., Beitrags.

Forst. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Diemann, Thumstr. 13. Beitrags., Gesch., Wahl des Ausschusses.

Freiburg. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrags., Gesch.

Gelsenkirchen. 2. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Adler“, Kaiserstr. Beitrags., Versch.

Glah. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Zimmermann's Brauerei“, Waderberg. Beitrags., Gesch.

Gleiwitz. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. Rabrzerstr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.

Göppingen. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest zur Lyra“. Beitrags., Versch.

Görlitz. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrags., Versch.

Hauer. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Krüger's Nest“. Beitrags., Gesch.

Karlruhe. 3. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Wacht am Rhein“. Gesch., Beitrags., Versch.

Lassan. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Hafen“. Gesch., Beitrags.

L. Lindeman. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Generalversamml. i. „Häufel's Saalbau“, Aktienstr. 14. Gesch., Beitrags., Ausschuhwahl, Versch.

Liebau. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Adler“. Gesch., Beitrags., Versch.

Niegnitz. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, i. „Gasth. a. weißen Rok“, Kohlmarkt. Beitrags.

Lindau. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hotel Lindauer Hof“. Beitrags.

Löbau. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Morgenstern“. Beitrags., Gesch.

Marienburg. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Hotel Drei Kronen“. Gesch., Ausschuhwahl, Beitrags.

Mühlheim (Ruhr). 19. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Drei Kaiser Saal“, Charlottenstraße. Beitrags., Versch.

Pasewalk. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Königsstr. 6. Ausschuhwahl, Beitrags.

Radeberg. 2. Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im „Amtshof“. Gesch., Ausschuhwahl, Beitrags.

Rudolstadt. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Beitrags., Gesch.

Rühwik. 3. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Schühengarten“. Gesch., Beitrags.

Schmölla. 3. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Nest. zur Reichsbank“, Bahnhofstr. Ausschuhwahl, Beitrags., Gesch.

Schweidnitz. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum blauen Hecht“, Breslauerstr. 8. Gesch. — Beitrag jeden Sonnabend daselbst.

Sprottau. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.

Striegau. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.

Thorn. 3. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Nikolai, Mauerstr. 62. Beitrags., Gesch.

Ulm. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Kathstaller“. Beitrags., Gesch.

Wittenberg. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wildgrube, Juristenstr. Beitrags.

Zossen. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im Hotel „Deutsches Haus“ (Dähne), Am Marktplatz. Gesch., Beitrags.

Orts- und Medizinalverbände.

Dortmund (Ortsverband). Sonntag, den 26. Novbr., Nachm. 4 Uhr, Ortsverbandsversammlung in Warten beim Wirth Wessing, Stadt Lützendorf. Tagesordnung: Vortrag und Geschäftl.

Anzeigen.

Gustav Jarchoff's
Patent-Büro
Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 44,
erledigt alle Patent-Angelegenheiten
billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte
frei. Dankschreiben u. Empfehlungen.
Geöffnet Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

Ein zuverlässiger und erfahrener
Band- und Kreissägenshneider
sucht per sofort dauernde Arbeit.
Off. an den Sekretär des Ortsv. der
Tischler Werdohl, Hr. W. Budde,
Alienauerstr. 20 erbeten.

Gesucht nach Lugano
2 bis 3 tüchtige
Möbelschreiner
per sofort. Mech. Bau- u. Möbel-
schreinerei Karl Süßli & Co.,
Lugano (Schweiz).

Görlitz. Ortsverbands-
Arbeitsnachweis u.
Gerberge befindet sich im „Gasth.
zum Kronprinz“, Nikolaigraben 7.

Bereinigte Ortsvereine der Tischler Berlins und Umgegend.

Für den Bezirk Berlin und Vororte wird ein

besoldeter Agitationsleiter

gesucht, welcher dasselbe Gehalt bezieht, wie die Beamten des Gewerkevereins. Kollegen, welche dem Gewerkeverein der Tischler längere Zeit als Mitglied angehören, wollen ihre Bewerbung mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit im Gewerkeverein, sowie einen Aufsatz über die Aufgaben eines Agitationsbeamten bis 25. November d. J. an Kollegen Ernst Wilhelm, Berlin S.O., Stalikerstr. 144, einsenden. Später eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Solche Kollegen, die mit den Berliner Verhältnissen vertraut sind, werden bevorzugt.

Die Kommission.

Arbeitsnachweis Bromberg
Große Bergstr. 12
weist stets
Bau- und Möbeltischlern
Arbeit in Posen, Ost- und West-
preußen nach.
Mit dem Gewerkeverein verein-
barter Tarif wird auf Wunsch
zugefandt.

Vom Ortsverband Eisenach
erhalten durchreisende Genossen
frei Abendbrot, Nachtlager u. Kaffee
im „Gasth. zur Harmonie.“ —
Karten sind b. Ortsverbandskassirer
F. Stiegel, Bachstraße 6, III
zu erhalten.

In Dirschau erh. durchreisende
Gewerkevereiner freies Abend-
brot, Nachtlager und Frühstück. —
Karten sind bei den Ortsvereins-
kassirern zu haben.

Der Arbeitsnachweis für Berlin

befindet sich Gormannstr. 13. Die kostenlose Vermittelung erfolgt in der Zeit von Vorm. 9—1 Uhr.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Modell- u. Fabriktschler (H.-D.)

für diejenigen Betriebe, welche nicht dem Paritätischen Arbeitsnachweis angeschlossen sind, befindet sich im Verbands-hause, Greifswalderstr. 221-223.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Schreiner und der demselben zugehörigen Sektion der Modell-

Düsseldorf
schreiner zu
befindet sich beim Kollegen Appel,
Zimmermannstr. 38a.

Ortsverb. Dresden u. Umgeg.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich ab 1. August cr. Dresden-Bl., Webergasse 28, I. Teleph. 1118. Geöffnet Vorm. 10—11, Abends 7—8, Sonntags 11—12 Uhr. — Das. Ausgabe der Verpfl.-Marken.